



Demonstration in Düsseldorf am 5.2.1977



Arbeiterjugend demonstriert – Von den Kollegen gewählt, von den Bossen gefeuert (Köln am 2.10.1973)

Kein Ende der Berufsverbote?



Im Jahr 1972 führte ein Beschluss der bundesdeutschen Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers Willy Brandt zu einer Welle von Überprüfungen bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst und Beamten. Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten; aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden.“ Solche Überprüfungen fußten auf „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes. Der Erlass, die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ (Ministerpräsidentenbeschluss vom 28. Januar 1972) richtete sich formell gegen „Links- und Rechtsextremisten“; in der Praxis traf er vor allem Linke: Mitglieder der DKP, der SDAJ, des MSB und anderer sozialistischer und linker Gruppierungen, Mitglieder von Friedensinitiativen bis hin zu SPD-nahen Studierendenorganisationen. Ja, er traf sogar sozialdemokratische Kritiker des „Radikalerlasses“.

„Mit dem Kampfbegriff der ‚Verfassungsfeindlichkeit‘ wurden missliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt, wurde die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfrei-

heit bedroht und bestraft“; hieß es vor vier Jahren in der nach wie vor hoch aktuellen Erklärung „28. Januar 2012: 40 Jahre Berufsverbot – Betroffene fordern: endlich Aufarbeitung und Rehabilitierung!“ (<http://berufsverbote.de/index.php/erklaerung.html>) Es ging mit dem „Radikalerlass“ um die Wiederherstellung und Festigung des inneren antikomunistischen Konsenses in der Bundesrepublik Deutschland in Zeiten außenpolitischer Entspannung der Neuen Ostpolitik unter Willy Brandt, der Zulassung der DKP und in den öffentlichen Dienst drängender. „68er“: Der Sozialdemokrat Gert Börnsen schrieb im August 1973 in „Die Zeit“ Hintergrund des „Extremistenerlasses“ und der Berufsverbotspraxis seien Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik: „Die Bedrohung der spätkapitalistischen Ordnung ist nicht durch noch so extreme rechtsradikale und neonazistische Ideologien und deren Vertreter im Staatsdienst gegeben, sondern durch ‚Linke‘. Durch ‚Systemüberwinder‘ usw. ... Die zunehmende öffentliche Kritik an der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, an der Monopolisierung und Oligopolisierung der Wirtschaft und die politischen Auswirkungen dieser Kritik auf Staat und Gesellschaft haben die Rechtskräfte in der BRD nervös gemacht und verschärfte Maßnahmen

des Staates gegen die Kritiker fordern lassen. Für die rechten Gruppen ist die Unterdrückung der ‚systemgefährdenden Kritik ein machtpolitisches Problem‘“ (G. Börnsen: *Extremisten-Erlass ein widersinniges Abkommen*. In: „Die Zeit“, 24.8.1973, Nr. 35).

Die Berufsverbote waren einmalig in der Europäischen Gemeinschaft und wurden damals in internationalen Gremien als Verletzung der Menschenrechte gewertet. Im In- und Ausland formierte sich eine breite Protestbewegung.

Bis Ende der achtziger Jahre mussten sich 3,5 Millionen Bewerber für den öffentlichen Dienst auf ihre Gesinnung überprüfen lassen. In der Folge kam es zu 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Diese Angaben machte die Bundesregierung gegenüber der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die 1987 die Berufsverbotspraxis verurteilt hatte. Andere Zahlen liegen nicht vor, von einer hohen Dunkelziffer ist auszugehen.

Als erstes Bundesland hob das Saarland den Radikalerlass am 25. Juni 1985 förmlich auf. Weitere Bundesländer folgten oder ersetzten den Erlass durch länderspezifische Nachfolgeregelungen.

Als letztes Bundesland stellte der Freistaat Bayern 1991 die Regelanfrage ein.

In den meisten Ländern wird heute eine sogenannte Bedarfsanfrage beim Verfassungsschutz durchgeführt.

Nach dem Anschluss der DDR galt ab 1990 die Überprüfungspraxis in den neuen Bundesländern. Die Bedrohung durch den „Radikalerlass“ gehört auch heute keineswegs der Vergangenheit an: In Bayern wird seit 1991 jeder Bewerber zum Staatsdienst in einem Fragebogen zur möglichen Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Organisation oder früheren Funktionärsposten in einer Massenorganisation der DDR befragt. Im Jahr 2004 belegten die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen den Heidelberger Real-schullehrer Michael Csaszκόczy mit Berufsverbot, weil er sich in antifaschistischen Gruppen engagiert hatte. Erst 2007 wurde seine Ablehnung für den Schuldienst durch die Gerichte endgültig für unrechtmäßig erklärt. Er erhielt Schadenersatz und wurde in den Staatsdienst übernommen.

Aktuell blockiert der Verfassungsschutz die Einstellung des DKP-Mitglieds Kerem Schamberger an der Münchener Uni.



Bild oben: Düsseldorf 6. Juni 1973 – Bild unten links: Hannover, 9.2.1983
Bild unten: Köln am 11. Oktober 1984 Aktion vor dem Verfassungsschutzgebäude



Meinung der Bewegung



Foto: Gabriele Seiff

Protest in Madrid gegen Rajoy: Die Nachrichten nannten es eine Wahl, die Demonstranten gingen – so das Motto – „gegen den Putsch der Mafia“ auf die Straße: Am vergangenen Samstag ließ Mariano Rajoy sich erneut zum spanischen Ministerpräsidenten küren. Die Veranstalter sprachen von 150 000 Menschen, die gegen die neue Regierung protestierten, die Polizei von 6000. Nach der Abstimmung stießen auch linke Parlamentsabgeordnete zur Kundgebung.

Die Demonstration richtete sich gegen den rechtskonservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy, welcher seit 2011 das Amt innehat und am Samstag nach einer zehmonatigen Übergangsregierung wiedergewählt wurde. Da seine postfranquistische Volkspartei (PP) keinen Koalitionspartner fand, bildet sie nun eine Minderheitsregierung. Den Weg dazu ebneten die Sozialdemokraten, indem sie sich bei der Abstimmung enthielten. Die Demonstranten werfen der sozialdemokratischen PSOE „Verrat“ vor, da sie sich vor der Wahl gegen Rajoy positioniert hatten. Rajoy und die PP stehen vor allem wegen Korruptionsskandalen, starken Einsparungen im Gesundheits- und Bildungsbereich und umstrittenen Arbeitsmarktreformen in der Kritik. Spanien hat mit einer hohen Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen, zu kämpfen.

Bei den letzten Wahlen konnten linke Kräfte zwar Stimmen hinzugewinnen, eine linke Regierung scheiterte jedoch an der Haltung der Sozialisten.

Auf ihren Schildern beschrieben die Demonstranten ihre Erfahrungen mit den bisherigen Regierungen Rajoy: „Die Volkspartei betrügt, raubt und knebelt!“

Studierende gegen Berufsverbot

Solidarität mit Kerem Schamberger, Freiheit der Wissenschaft verteidigen

Der ASTA der Hamburger Uni, die Fachschaft Kommunikationswissenschaften der Münchener Uni und linke Studierende aus der Schweiz haben gegen das De-Facto-Berufsverbot für Kerem Schamberger protestiert. Der bayerische Verfassungsschutz blockiert seit Anfang Oktober Kerems Einstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Münchener Uni, weil er Mitglied der DKP ist. Bewerber für den Öffentlichen Dienst müssen in Bayern in einem Fragebogen versichern, dass sie „Gewähr dafür bieten, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Verfassung des Freistaates Bayern einzutreten“.

Offenbar hat der Verfassungsschutz inzwischen eine Stellungnahme zu Kerems Einstellung an die Universität geschickt, bei Redaktionsschluss war unklar, ob das Berufsverbot damit verlängert oder aufgehoben wird. Zu der ausführlichen, auch internationalen Berichterstattung sagte Kerem im ISW-Interview: „Im Grunde genommen kann ich dem Verfassungsschutz auch irgendwie dankbar sein, dass er aktuelle linke, kommunistische Positionen wieder auf die Titelseiten der Zeitungen gebracht hat.“

Der ASTA der Universität Hamburg fordert „Wissenschaftsfreiheit statt Berufsverbote“:

„Wir solidarisieren uns als ASTA der Universität Hamburg mit Kerem Schamberger und fordern die sofortige Aufhebung des de-facto-Berufsverbots. Die Freiheit der Wissenschaft, welche als Konsequenz aus der Indiennahme der Wissenschaft im deutschen Faschismus ins Grundgesetz geschrieben wurde, muss in Bayern anscheinend gegen den sog. „Verfassungsschutz“ verteidigt werden. Besonders pikant ist die Tatsache, dass Kerem seit längerer Zeit die Situation der Pressefreiheit in verschiedenen Ländern untersucht, wozu er auch promovieren und forschen soll. (...)

Nun soll genau die Fortführung dieser Tätigkeit auf wissenschaftlicher Grundlage durch die blockierende Nicht-Antwort des ‚Bayerischen Landesamtes für Ver-

fassungsschutz‘ verhindert werden, weil Kerem Schamberger Mitglied der DKP und solidarisch mit der linken kurdischen Bewegung ist. Wir verurteilen als studentische Interessenvertretung der Universität Hamburg diesen Antikommunismus aufs Schärfste. Der sogenannte Verfassungsschutz‘ agiert in Zeiten einer sich gesellschaftlich wei-

Angriffsziel von Reaktionen

Bei der „Langen Nacht der Kritik“ machten linke Studierende aus Zürich und Freiburg in der Schweiz ein Foto zur Solidarität und schrieben dazu:

„Einem jungen Kommunikationswissenschaftler der LMU (München), der zu Nordkurdistan doktorieren möchte, wird aktuell die Anstellung durch den baye-



Berufsverbot: Scheiße. Kerem: Nice. 1 Solifoto aus der Schweiz.

Verfassung vor dem Verfassungsschutz schützen

Der ASTA der Universität Hamburg fordert „Wissenschaftsfreiheit statt Berufsverbote“:

„Wir solidarisieren uns als ASTA der Universität Hamburg mit Kerem Schamberger und fordern die sofortige Aufhebung des de-facto-Berufsverbots. Die Freiheit der Wissenschaft, welche als Konsequenz aus der Indiennahme der Wissenschaft im deutschen Faschismus ins Grundgesetz geschrieben wurde, muss in Bayern anscheinend gegen den sog. „Verfassungsschutz“ verteidigt werden. Besonders pikant ist die Tatsache, dass Kerem seit längerer Zeit die Situation der Pressefreiheit in verschiedenen Ländern untersucht, wozu er auch promovieren und forschen soll. (...)

Nun soll genau die Fortführung dieser Tätigkeit auf wissenschaftlicher Grundlage durch die blockierende Nicht-Antwort des ‚Bayerischen Landesamtes für Ver-

ter zuspitzenden gesellschaftlichen Polarisierung (und darin der Brutalisierung der Rechten) im Kalter-Krieg-Modus: auf dem rechten Auge blind und Linke kriminalisierend. (...) (D)ie Verfassung muss aktuell anscheinend vor den vermeintlichen Verfassungsschützer*Innen geschützt werden.“

Unpolitisch

Die Fachschaft, in der Kerem Schamberger selbst aktiv war, postete bei Facebook:

„Die Fachschaft Kommunikationswissenschaft am (Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Uni München) steht an der Seite von Kerem Schamberger, als jahrelanges aktives Fachschaftsmitglied. Auch wenn wir uns als Fachschaft von jeglicher politischer Einstellung distanzieren, kritisieren wir die Verhinderung seiner Anstellung an unserem Institut seitens des bayerischen Verfassungsschutzes. Wir sind der Meinung, dass seine politischen Einstellungen einer erfolgreichen wissenschaftlichen Karriere nicht im Wege stehen sollten.“

rischen Verfassungsschutz verhindert, weil er Mitglied der DKP ist. Weil wir das scheiße finden und weil Kerem ein nicer Typ ist, haben wir 1 Solifoto gemacht. Da die Hintergründe des Falles bereits in vielen verschiedenen Medien abgehandelt wurden, beschränken wir uns auf einige Gedanken, welche menschlich sich zu Solifotos machen kann. (...)

Der Natur der Sache nach sind Kommunisten wie Kerem Schamberger internationalistisch orientiert und als solche eingebettet im Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse. Kerem Schamberger hat sich über die letzten Jahre als zuverlässige Quelle zu den Konflikten in der Türkei und dem Nahen Osten verdient gemacht. Durch seine Arbeit zeigt er einem grossen Publikum die Bigotterie und Mittäterschaft der bundesdeutschen und europäischen Regierungen an diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Durch so eine unbeugsame internationalistische Ausrichtung werden solche Menschen Angriffsziel von reaktionären Organisationen wie dem Verfassungsschutz und haben ebenso unsere Solidarität verdient.“